

Der Menschenrechtsrat in einer Legitimationskrise?

by **Jeanne Delhay**

translated by Eike Hinrichsen & Margarethe Hoberg

published by **Generation for Rights Over the World**

December 2020

contact@growthinktank.org



Zusammenfassung

Im Januar 2021 werden 15 Länder dem Menschenrechtsrat beitreten und ihm bis Dezember 2023 angehören. Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte blickt GROW auf diese Institution und auf die Konsequenzen, die der Beitritt dieser neuen Mitglieder für die Legitimität der Entscheidungsfindung und die Zukunft dieser UNO-Institution mit sich bringen könnte.



Der UN-Menschenrechtsrat (HRC) ist ein relativ neues Gremium, das 2006 geschaffen wurde, um die Menschenrechtskommission zu ersetzen. Sein Hauptziel ist es, die Menschenrechte zu stärken und zu fördern und ihren Schutz in der ganzen Welt zu gewährleisten. Dennoch sind in den letzten Monaten, nach der Wahl von 15 neuen Mitgliedern, die Äußerungen gegen den HRC zunehmend lauter geworden. Insbesondere die Wahl Russlands und Chinas ist wegen zahlreicher Menschenrechtsverletzungen beider Länder heftig kritisiert worden. Dies wirft Fragen über die Authentizität und die Zukunft des Menschenrechtsrats auf.

Was ist der Menschenrechtsrat?

Eine relativ junge Organisation

Der Menschenrechtsrat ist ein UNO-Gremium, das 2006 auf Anregung des damaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan¹, als Nachfolger der UNO-Menschenrechtskommission geschaffen wurde. Er besteht aus 47 Mitgliedern, die "die Verantwortung haben, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte weltweit zu stärken"². Der Hauptsitz befindet sich heute in Genf, und das Sekretariat ist durch den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte besetzt, dessen Amt seit 1947 besteht.

Die Resolution 60/251, durch die der Rat geschaffen wurde, wurde von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen angenommen. Sie legt die Regeln und Pflichten fest, die die Staaten als Mitglieder des Rates einhalten müssen. Sie bestätigt die grundlegenden Menschenrechte, zu deren Schutz jeder Staat verpflichtet ist:

*"Weiter bekräftigend, dass alle Menschenrechte universell, unteilbar, miteinander verbunden, voneinander abhängig und sich gegenseitig verstärkend sind, dass alle Menschenrechte in fairer und gleicher Weise behandelt werden müssen und dass keine Unterscheidung zwischen oder unter ihnen und keine Unterscheidung zwischen oder zugunsten irgendwelcher Menschenrechte getroffen werden sollte."*³

Sie erinnert auch daran, dass die Mitgliedstaaten des Rates "hohe Menschenrechtsstandards" wie die Meinungsfreiheit, das Recht auf eine gerechte Justiz oder die Achtung aller Menschen ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse oder der Religion gewährleisten müssen.

Der Rat verfügt über mehrere Nebenorgane und Mechanismen, die es ihm ermöglichen, Analysen durchzuführen und auf den Schutz der Menschenrechte hinzuarbeiten. Dabei gibt es mehrere Arbeitsprozesse und Verfahren für den Rat. Zum einen gibt es die Universal Periodic Review, durch die die Menschenrechtssituation in jedem Staat bewertet wird. Außerdem gibt es den beratenden Ausschuss,

¹ Kofi Annan (1938–2018) war ein ghanaischer Diplomat. Er war Generalsekretär der Vereinten Nationen von 1997 bis 2006.

² CDH. [online] Available at: <https://www.ohchr.org/FR/HRBodies/HRC/Pages/Home.aspx> [Accessed November 2020].

³ CDH, (2006). *Résolution 60/251*. [online] Available at: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/No5/502/66/PDF/No550266.pdf?OpenElement> [Accessed November 2020].

den Think Tank des Rates. Die Staaten können Fragen an ihn richten und so eine Stellungnahme und Empfehlungen des Ausschusses erhalten. Schließlich gibt das Beschwerdeverfahren Organisationen und Einzelpersonen die Möglichkeit, dem Rat Menschenrechtsverletzungen zu melden. Es gibt auch spezielle Verfahren, die bereits in der vorherigen Kommission vorhanden waren. Diese Verfahren involvieren öffentliche Berichte, die sich auf die Menschenrechte in bestimmten Gebieten konzentrieren. Diese Berichte ermöglichen Analyse, Beratung und manchmal auch Überwachung besorgniserregender Situationen. Sie werden von Berichterstattern, Sonderbeauftragten und unabhängigen Experten in Arbeitsgruppen erstellt.

Zudem werden Foren zur Förderung des Dialogs und der Interaktion mit der Bevölkerung genutzt, um relevante Einblicke für die Beurteilung der Rechtspraxis in der Welt zu ermöglichen. Zivile Organisationen erstatten dem Rat einmal im Jahr Bericht über ihre Arbeit.

Trotz einer recht gut durchdachten bürokratischen Organisation sind die vom Rat verabschiedeten Resolutionen nicht bindend, wodurch sein Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt ist.

Aktuelle Zusammensetzung

Die Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrats werden von der UN-Generalversammlung in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit für drei Jahre gewählt und dürfen nicht mehr als zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten absolvieren. Bevor ein Staat sich zu dritten Mal zur Wahl stellen darf, muss mindestens ein Jahr vergehen. Es werden nicht alle Mitglieder gleichzeitig gewählt: Jedes Jahr werden etwa fünfzehn Länder auf einer Sitzung der Generalversammlung gewählt, um ein Mindestmaß an Kontinuität und Stabilität in der Institution zu gewährleisten.

Die Mitglieder des Rates müssen einen regionalen Proporz erfüllen: dreizehn Sitze für afrikanische Staaten, weitere dreizehn für asiatisch-pazifische Staaten, acht für lateinamerikanische und karibische Staaten, sieben für west-, mittel- und nordeuropäische Staaten und sechs Sitze für osteuropäische Staaten.

Die derzeitigen Mitglieder, die bis zum 31. Dezember 2020 im Amt sind, sind Afghanistan, Angola, Australien, Chile, die Demokratische Republik Kongo, Mexiko, Nepal, Nigeria, Pakistan, Peru, Katar, Senegal, die Slowakei, Spanien und die Ukraine. Diese fünfzehn Länder scheiden nach dem 31. Dezember aus dem Rat aus, es sei denn, sie wurden in der jüngsten Wahl wiedergewählt (wie im Fall von Mexiko, Pakistan, Ukraine). Argentinien, Österreich, Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Bulgarien, Burkina Faso, Kamerun, Tschechische Republik, Dänemark, Eritrea, Fidschi, Indien, Italien, Philippinen, Somalia, Togo und Uruguay bleiben bis zum 31. Dezember 2021 Mitglieder. Armenien, Brasilien, Deutschland, Indonesien, Japan, Libyen, Marshall-Inseln, Mauretanien, Namibia, Niederlande, Polen, Republik Korea, Sudan und Venezuela sind noch bis zum 31. Dezember 2022 Teil des Rates.

Die künftigen Mitglieder für die Amtszeit 2021-2023 sind Côte d'Ivoire, Gabun, Malawi, Senegal, China, Nepal, Pakistan, Russland, Ukraine, Usbekistan, Bolivien, Kuba, Mexiko, Frankreich und das Vereinigte Königreich.

Die Wahl einiger dieser Länder ist stark kritisiert worden, darunter Kuba, China und Russland. Die Tatsache, dass der Rat auch bereits vorher sehr viel Kritik erhalten hat, deutet auf eine große Legitimationskrise hin.

Die bange Zukunft des HRC: Kritik und Unsicherheit

Eine Legitimationskrise

Der Rat stand schon immer seit seiner Errichtung unter Kritik. Dieser Gegenwind hat jedoch in den letzten Jahren, und insbesondere vor einigen Wochen nach der Wahl bzw. Wiederwahl einiger umstrittener Länder in den Rat wie China und Russland, vehement zugenommen. Die Kritik ist umso berechtigter, als die Kritiker aus den verschiedensten Bereichen kommen: NGOs, Botschafter*innen, UNO-Mitglieder usw.

Die Resolution 60/251 verpflichtet die Staaten zur Einhaltung der oben erwähnten hohen Menschenrechtsstandards. Angesichts der Praktiken Chinas und Russlands erscheint es daher notwendig, die Mitgliedschaft der beiden Länder im Rat in Frage zu stellen. Ihre Legitimität, eine Menschenrechtsinstitution anzuleiten, ist äußerst zweifelhaft.

So reduziert Russland unter dem Deckmantel einer Politik der Rückkehr zu "Familienwerten" zunehmend die Rechte der Mitglieder der LBGTQI+-Gemeinschaft. Präsident Putin setzte sich dafür ein, die Religion in der Verfassung zu verankern und festzulegen, dass die Ehe nur für heterosexuelle Paare zugänglich sein soll. Anfang Juni löste ein Werbevideo einer Regierungsbehörde, in dem die Adoption eines kleinen Jungen durch ein schwules Paar dargestellt wurde, einen Skandal aus. Der letzte Satz des Videos lautet: *"Das ist das Russland, für das Sie sich entscheiden werden? Entscheiden Sie über das Schicksal unseres Landes: Stimmen Sie für eine Verfassungsreform."* Die Reaktionen der Betroffenen waren sehr heftig. Das Video wurde inzwischen von der Agentur gelöscht, ist aber immer noch im Internet zu finden.

China hat eine ebenso fragwürdige Vergangenheit, was die Beachtung der Menschenrechte seiner Bevölkerung betrifft. Das aktuellste Beispiel ist die Unterdrückung der uigurisch-muslimischen Minderheit in der Autonomen Region Xinjiang im äußersten Westen des Landes. Seit Jahrzehnten werden die Uiguren, Chinas türkisch-muslimische Minderheit, von den chinesischen Behörden verfolgt. Seit 2014 ist die Repression jedoch in eine Politik des Völkermords und der Massenverhaftung umgeschlagen. In den Lagern werden Uiguren einer Politik der kulturellen Assimilierung Chinas unterworfen, Frauen zwangssterilisiert und Kinder in Han-Familien, der mehrheitlich chinesischen Volksgruppe, untergebracht, in dem Versuch, jegliche kulturelle und religiöse Vielfalt in der Region zu beseitigen. Diese Handlungen finden trotz der vielen Briefe, die Uiguren, Menschenrechtsgruppen sowie 22 Staaten⁴, meist westliche Länder, an die UNO gerichtet haben, weiterhin statt. Auf der 44. Sitzung des Menschenrechtsrates unterzeichneten 46 Länder⁵ einen Brief zur Unterstützung Chinas. Was können wir

⁴ Japan, Australien, Großbritannien, Dänemark, Neuseeland, Schweiz, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Frankreich, Belgien, Kanada, Estland, Finnland, Deutschland, Island, Lettland, Litauen, Luxemburg, Schweden, Österreich, Irland, Spanien, Vereinigtes Königreich.

⁵ Saudi-Arabien, Russland, Nordkorea, China, Iran, Syrien, Burma, Pakistan, Bahrain, Belarus, Burundi, Burundi, Kambodscha, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Komoren, Kongo, Kuba, Dschibuti, Ägypten, Äquatorialguinea, Eritrea, Jemen, Guinea,

also über diese Länder sagen, von denen zudem einige muslimisch sind, die ein Land unterstützen, das Völkermord an ihren Adelphe begehrt?

Hinzu kommt die Tatsache, dass China, Russland, Kuba, Pakistan, Usbekistan und Mexiko gewählt oder wiedergewählt wurden, obwohl sie zu den Ländern mit den niedrigsten Werten im Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen für 2020 (180 Länder) gehören⁶. China (177.) hat inzwischen rund 100 Journalisten inhaftiert, Kuba (171.) und Russland (149.) kontrollieren die Medien und das Internet, und die wenigen Blogger und unabhängigen Journalisten stehen unter ständigem Druck. In Usbekistan (156.) und Pakistan (145.) werden Medien überwacht und im Falle unliebsamer Inhalte zensiert, und Journalisten müssen sterben für ihre Arbeit. In Mexiko schließlich (143.) werden Journalisten je nach Untersuchungsgegenstand von kriminellen Organisationen oder administrativen und politischen Behörden zensiert, bedroht, schikaniert oder sogar getötet.

Diese Staaten sind jedoch nicht die einzigen, die kritisiert werden. Viele andere aktuelle oder zukünftige Mitglieder des Rates wenden nach wie vor die Todesstrafe an, bestrafen weder sexuelle Gewalt gegen Frauen noch die Gewalt, die der LGBTQI+-Gemeinschaft angetan wird. Sie respektieren die Rechte von Migranten nicht und verletzen allgemein die Grundsätze, die sie im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Rat ratifiziert haben. Wie kann diesem Rat Respekt entgegengebracht werden, wenn doch im Übrigen seine starke Politisierung bekannt ist, die von Kofi Annan beklagt wird und bereits die Ursache für die Abschaffung der vorherigen Kommission war? Wie können wir diesen Staaten vertrauen, die untereinander im Vorhinein die Länder bestimmen, die ihre Kandidaturen der Generalversammlung vorlegen? Laut Louis Charbonneau, UN-Direktor bei Human Rights Watch⁷, existiert keine regelkonforme Wahl der Mitglieder: "Diese nicht-kompetitiven Abstimmungen bei der UNO sind eine Verhöhnung des Begriffs 'Wahl'". Seiner Meinung nach sollte die Liste der Kandidaten nach Regionen wettbewerbsfähig sein, d.h. es sollten mehr Länder als Plätze zur Verfügung stehen, sodass die Staaten eine Wahl treffen können. Und wenn es keine Wahl gibt, sollten die Staaten sich weigern, für Länder zu stimmen, die für diese Aufgabe ungeeignet sind.

Darüber hinaus weigern sich viele Staaten, proaktiv zu werden, verzögern die Unterzeichnung von Beschlüssen im Rat und einige versuchen sogar, viele Beschlüsse und Forderungen des Rates zu untergraben. Es ist daher kritikwürdig, dass diese Staaten Sitze erhalten haben, obwohl sie bei unterschiedlichen Gelegenheiten die Menschenrechte verletzen.

Frankreich, zum Beispiel, hatte nach seinem letzten Mandat viel Kritik erhalten. Trotz seines Titels als "Wiege der Menschenrechte" verhält es sich nicht wirklich als Vorbild, dem man folgen sollte. In der Tat unterzeichnete Frankreich bestimmte Erklärungen nur zögerlich und brachte sie damit in Gefahr. Es verhinderte auch den Multilateralismus im Rat durch die Annahme einer Strategie, die eine gemeinsame Stimme für die Europäische Union (EU) befürwortete, was zu Spannungen führte und die Arbeit des Rates verlangsamte, da nicht alle EU-Länder eine einheitliche Anwendung der Menschenrechte haben.

Guinea-Bissau, Irak, Laos, Lesotho, Mosambik, Nepal, Nicaragua, Niger, Oman, Palästina, Papua-Neuguinea, Philippinen, Serbien, Salomonen, Südsudan, Sri Lanka, Sudan, Surinam, Togo, Vereinigte Arabische Emirate, Venezuela, Sambia, Simbabwe.

⁶ Reporter ohne Grenzen ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, gegründet 1985 und als gemeinnützig anerkannt.

⁷ Human Rights Watch ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte einsetzt. Sie veröffentlicht Jahresberichte über die Menschenrechtssituation in der Welt sowie zahlreiche Umfragen zu spezifischen Themen.

So sind beispielsweise Polen und Ungarn dafür bekannt, dass sie die Grundrechte verletzen, was die EU daran eine gemeinsame Politik und eine gemeinsame Stimme der EU verhindert. Darüber hinaus wurde Frankreich Anfang Oktober 2020 von der UNO wegen des Gesetzes zur “Globalen Sicherheit” zur Ordnung gerufen. Die UNO erinnerte Frankreich daran, dass “die Information der Öffentlichkeit und die Veröffentlichung von Bildern und Aufzeichnungen von Polizeieinsätzen nicht nur für die Achtung des Rechts auf Information unerlässlich, sondern auch im Rahmen der demokratischen Kontrolle der öffentlichen Institutionen legitim sind”. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes verletzt Frankreich ein Grundrecht⁸.

Angesichts der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die von diesen Ländern begangen werden, zeugt ihre Wahl in den Menschenrechtsrat mehr denn je von einer Legitimationskrise der Institution. In dieser Hinsicht sind ihre Zukunft sowie die Kraft ihrer zukünftigen Entscheidungen ungewiss, und die Situation äußerst besorgniserregend.

Eine vage und besorgniserregende Zukunft

Es ist von wesentlicher Bedeutung, die Frage nach der Zukunft des Rates zu behandeln, im Hinblick auf seine derzeitige und künftige Fähigkeit seine Ziele zu erreichen.

Angesichts der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch die Ratsmitglieder selbst kann man sich fragen, ob der Rat nicht eine Parodie ist, eine Fata Morgana dessen, was er hätte sein können oder sollen. Darüber hinaus wagen es einige Staaten, insbesondere diejenigen, die finanzielle Unterstützung benötigen beziehungsweise nur einen kleinen Platz auf der internationalen Bühne einnehmen, aufgrund von Wirtschaftsabkommen und -verträgen nicht, mächtigere Staaten zu kritisieren, aus Angst, diesen Abkommen zu schaden.

Es ist jedoch ermutigend, dass China bei der Wahl der neuen Ratsmitglieder weit weniger Stimmen als erwartet erhalten hat, ebenso wie Russland. Tatsächlich erhielt China trotz seiner Macht weit weniger Unterstützung als 2016 (136 in 2020 im Vergleich zu 180 in 2016). Was Saudi-Arabien betrifft, so konnte es dem Rat nicht beitreten, was zeigt, dass einige Staaten nicht völlig gleichgültig sind. Analysten wie Marc Limon⁹ zufolge wird die Zusammensetzung des Rates im Jahr 2021 sogar die beste sein, die der Rat je hatte, denn immer mehr Länder sind zutiefst besorgt über die Menschenrechte und versuchen, sie zu schützen, während sie gleichzeitig vor Ländern, die Menschenrechtsverletzungen begehen, auf der Hut sind. Auch wenn die Zusammensetzung bei weitem nicht perfekt ist, gibt es also Hoffnung. Wir werden jedoch die künftigen Maßnahmen des Rates und das Ende des Jahres 2021 abwarten müssen, um die Auswirkungen beurteilen zu können, die die neuen Mitglieder, vor allem China, Russland oder Kuba, haben werden.

Angesichts der verschiedenen von den Ratsmitgliedern begangenen Verstöße und der heftigen Kritik, die am Rat geübt wird, ist die Zukunft des Rates sehr ungewiss. Seine Legitimität wird von vielen in Frage gestellt: NGOs wie Human Rights Watch und Staaten wie die Vereinigten Staaten haben sich der fragwürdigen Fähigkeit des Rates zum Trotz, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen, aus dem Rat zurückgezogen, bis Reformen durchgeführt werden. Sie sowie Organisationen der Zivilgesellschaft erklärten, der Rat sei scheinheilig. So können Staaten durch ihre Mitgliedschaft im Rat

⁸ LDH. (2020). *Loi Sécurité globale: la France rappelée à l'ordre par l'ONU*. [online] Available at: <https://www.ldh-france.org/loi-securite-globale-la-france-rapellee-a-lordre-par-lonu/> [Accessed Nov 2020].

⁹ Marc Limon, ehemaliger Diplomat des HRC (2006-2012), heute Executive Director der Universal Rights Group in Genf.

Empfehlungen, die sie selbst treffen könnten, abschwächen und dadurch die Arbeit und die Fortschritte bei der Verringerung von Rechtsverletzungen untergraben. Die Mitwirkung dieser Staaten, wenn auch nur im Rahmen einer vorübergehenden Mitgliedschaft, sowie die Tatsache, dass der Rat bloß unverbindliche Empfehlungen abgeben kann, stellt die Relevanz der Arbeit und sogar die Notwendigkeit der Existenz des Rates in Frage und birgt die Gefahr, dass die Institution in eine tiefe Legitimationskrise gerät.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nach fast fünfzehnjährigem Bestehen die seither präsenste Kritik am Rat weiter bestätigt wurde durch die Ergebnisse der letzten Wahlen. Leider verletzen immer noch zu viele Länder innerhalb des Rates die Menschenrechte und erfüllen erforderliche Kriterien nicht. Die Zukunft des Rates ist daher in Gefahr, und der Wert seines Wortes und seiner Entscheidungen kann in Frage gestellt werden.

Quellenverzeichnis

Courrier International. (2020). *Les autorités russes diffusent un clip de propagande contre l'adoption pour les couples gays*. [online] Available at:

<https://www.courrierinternational.com/article/video-les-autorites-russes-diffusent-un-clip-de-propagande-contre-ladoption-pour-les-couples> [Accessed Nov. 2020].

FR24 News. (2020). *La Chine et la Russie rejoindront le Conseil de l'ONU. Les Etats-Unis devraient aussi*. [online] Available at:

<https://www.fr24news.com/fr/a/2020/10/la-russie-et-la-chine-rejoindront-le-conseil-des-droits-de-lhomme-de-lonu-les-etats-unis-devraient-aussi.html> [Accessed Nov. 2020].

HCDH. *Who we are*. [online] Available at: <https://www.ohchr.org/FR/AboutUs/Pages/WhoWeAre.aspx> [Accessed Nov. 2020].

Human Rights Watch. (2019). *Joint statement Xijiang*. [online] Available at:

https://www.hrw.org/sites/default/files/supporting_resources/190708_joint_statement_xinjiang.pdf [Accessed Nov. 2020].

Human Rights Watch. (2020). *UN: Deny rights council seats to major violators*. [online] Available at:

<https://www.hrw.org/news/2020/10/08/un-deny-rights-council-seats-major-violators> [Accessed Nov. 2020].

Human Right Watch. (2020). *La France à la traîne au Conseil des droits de l'homme des Nations Unies*. [online] Available at:

<https://www.hrw.org/fr/news/2020/10/08/la-france-la-traîne-au-conseil-des-droits-de-lhomme-des-nations-unies> [Accessed Nov. 2020].

Ligue des Droits de l'Homme. (2020). *Loi sécurité globale: la France rappelée à l'ordre par l'ONU*. [online] Available at:

<https://www.ldh-france.org/loi-securite-globale-la-france-rapellee-a-lordre-par-lonu/> [Accessed 29 Nov. 2020].

La Nouvelle Tribune. (2020). *CDH de l'ONU: l'Arabie Saoudite écartée, la Chine et la Russie acceptées*. [online] Available at:

<https://lanouvelletribune.info/2020/10/cdh-de-lonu-larabie-saoudite-ecarte-la-chine-et-la-russie-acceptes/> [Accessed Nov. 2020].

OHCHR. <https://www.ohchr.org/FR/HRBodies/HRC/Pages/Home.aspx>

OHCHR. (2006). *Résolution 60/251*. [online] Available at:

<https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/No5/502/66/PDF/No550266.pdf?OpenElement> [Accessed Nov. 2020].

ONU Info. (2020). *L'assemblée Générale élit 15 nouveaux membres au Conseil des droits de l'Homme*. [online] Available at:

<https://news.un.org/fr/story/2020/10/1079792> [Accessed Nov. 2020].

RSF. (2020). *De nouveaux prédateurs de la liberté de la presse élus au Conseil des droits de l'homme de l'ONU*. [online] Available at:

<https://rsf.org/fr/actualites/de-nouveaux-predateurs-de-la-liberte-de-la-presse-elus-au-conseil-des-droits-de-lhomme-de-lonu> [Accessed Nov. 2020].

RTL. (2020). *Chine: 5 questions sur les persécutions des Ouïghours*. [online] Available at:

<https://www.rtl.fr/actu/international/chine-5-questions-sur-les-persecutions-des-ouighours-7800683967> [Accessed Nov. 2020].

The Diplomat. (2020). *2020 Edition: Which Countries are for or against China's Xinjiang policies*. [online] Available at:

<https://thediplomat.com/2020/10/2020-edition-which-countries-are-for-or-against-chinas-xinjiang-policies/> [Accessed Nov. 2020].

Den Artikel zitieren:

DELHAY, J. (2020). Der Menschenrechtsrat in einer Legitimationskrise? Generation for Rights Over the World. *growthinktank.org*. [online] Dec. 2020.